

Inhaltsverzeichnis

Auftakt

Kongress-Programm	4
Aufruf zum BUKO 28.....	5
Einführungsvortrag BUKO 28 (<i>Stefanie Graefe</i>).....	5
Eröffnungspodium: Was wird der Tsunami gewesen sein?	
Die Reise als Spende? (<i>Martina Backes</i>).....	8

Forum A - wie Arbeit, Migration, Subjektivität

Im Dreischnitt durch prekäre Welten (<i>Text der Vorbereitungsgruppe des AMS-Forum</i>).....	12
Podium: Prekäres Leben – prekäre Kämpfe	
Die Widerruflichkeit der Normalität (<i>Martin Dieckmann</i>).....	13
AG: Land in Sicht	
Mindest- und Grundeinkommen statt Hartz (<i>Mag Wompel</i>).....	18
Forderung nach Existenzgeld (<i>Ingo Stützle - Fels</i>).....	20
AG: InSourcingOut! Innenansichten, Widersprüche und Potenziale von Prekarisierung	
Prekäre zwischen Bewegung und Gewerkschaften (<i>Mario Candeias/Iris Nowak</i>).....	22
AG: EuroMayday in Hamburg (<i>Arndt Neumann</i>).....	29
AG: Der Kapitalismus biete uns keine Arbeit mehr (<i>Uli Barth</i>).....	30
AG: Sklaverei in Europa – Arbeitsmigration in Spanien (<i>Sandra Blessin</i>).....	31
AG: Dona Carmen	
Die Kriminalisierung von Arbeitsmigration als „Menschenhandel“ (<i>Juanita Henning</i>).....	34
AG: Prekäre Perspektiven: Workers Center	
Prekäre Perspektiven? (<i>Kirsten Huckenbeck</i>).....	37

Forum B - wie Biopolitik

Forum B: B wie Biopolitik (<i>Text der Vorbereitungsgruppe Biopolitik</i>).....	44
Podium: Auftakt Biopolitik (<i>Erika Feyerabend</i>).....	45
Einführungspodium: Gentechnik (<i>Werner Rätz</i>).....	46
Einführungspodium: Gesundheit (<i>Uta Wagemann</i>).....	47
AG: Gesundheit als Markt (<i>Erika Feyerabend</i>).....	49
Gesundheit als Menschenrecht (<i>Christian Wagner</i>).....	53
AG: Gene, Geld und Nahrungsmittel (<i>Jutta Sundermann/Uli Eder</i>).....	55
Impacts of agro-genetechnology on the south (<i>Emmanuel Yap</i>).....	56
AG: Technisierte Menschen – Nano to Bio oder Bio to Nano	
Nanotechnologie (<i>Niels Boeing</i>).....	58

Neue Technik, alte Versprechen (<i>Gregor Kaiser</i>)	60
Nanotechnology (<i>Jim Thomas</i>).....	62
AG: Kontraste im Süden (<i>Klaus Pedersen</i>).....	68
AG: Konflikte um geistige Eigentumsrechte (<i>Christiane Gerstetter/ Andreas Riekeberg</i>)	69
Softwarepatente (<i>Frieder Hirsch</i>)	71
AG: „rote“ und „grüne“ Gentechnik (<i>Klaus Pedersen</i>)	78
AG: Ressourcenpolitik	
Querschnitt: AG Ressourcenpolitik (<i>Erika Feyerabend</i>)	79
Podium Ressourcenpolitik (<i>Uta Wagemann</i>)	81
Wenn Leben zur Ressource wird (<i>Gregor Kaiser</i>)	82

Forum C - wie Colonialismus

Forum C: C wie Colonialismus (<i>Text der Vorbereitungsgruppe Colonialismus</i>)	85
AG: Decolonising the mind? (<i>Ingmar Pech/ Sonja Mezger</i>).....	86
Impulsreferat (<i>Ingmar Pech</i>)	87
AG: Der Konflikt im Dafur/ Westsudan (<i>Ahmed Musa</i>)	93
AG: Der Maji-Maji-Krieg 1905-1907 (<i>Sonja Mezger</i>)	95
AG: Flüchtlingsabwehr und exterritoriale Lager der EU	
Der europäische Krieg gegen Flüchtlinge (<i>Cornelia Gunßer</i>)	99
Flüchtlingsabwehr der EU (<i>Cornelia Gunßer</i>)	104

Forum D - wie Diverses

AG: popular education - bildung aneignen (<i>E. Janssen,/ A. Kesselberg/ F. Habermann</i>)	105
AG: Der Garnelenring (<i>Heiko Thiele</i>).....	106
AG: US-Politik gegenüber Cuba (<i>Cuba Si</i>).....	107
AG: Antikapitalistische Mobilisierung gegen EU-Gipfel in Luxemburg (<i>Gruppe lif:t</i>).....	108
AG: Globalisierung von unten (<i>der globalXchange AG</i>)	110
AG: Gendreck weg! (<i>Jutta Sundermann</i>)	116
AG: Sich Land nehmen lassen...	
Kolumbien: Ziviler Widerstand mitten im Krieg. (<i>Christiane Schwarz</i>).....	118

Zu guter Letzt

Dankeschön an alle - Mitveranstalter/ SponsorInnen/ UnterstützInnen	120
Impressum	120

Kongress-Programm

Donnerstag, 05.05.05

ab 17.30 Uhr	Anreise, Anmeldung, Abendessen
20.00 - 20.30 Uhr	Begrüßung Eröffnungspodium: „Was wird der Tsunami gewesen sein?“
Anschließend	Cocktailbar

Freitag, 06.05.05

10.00 - 11.00 Uhr	„Von innerer und äußerer Landnahme“: Einführung in Kongress und Kongresssthema
11.00 - 11.30 Uhr	Auftakt Forum „A wie Arbeit, Migration, Subjektivität“ Auftakt Forum „B wie Biopolitik“ Auftakt Forum „C wie Colonialism“
13.00 - 14.30 Uhr	Mittagspause
14.30 - 16.30 Uhr	Workshop-Phase 1
17.00 - 19.00 Uhr	Workshop-Phase 2
19.00 - 20.30 Uhr	Abendessen
21.00 Uhr	doors open- Progressiv feiern für und mit der BUKO!- „Eine Revolution, auf der man nicht tanzen kann, ist nicht meine Revolution“ (Emma Goldman)

Samstag, 07.05.05

10.00 - 12.30 Uhr	Workshop-Phase 3/ Abschluss der Foren
12.30 - 13.30 Uhr	Mittagspause
13.30 - 16.00 Uhr	Thematische Stadtrundgänge Raum für Vernetzungstreffen, spontane Arbeitsgruppen, Ausspannen, ...
16.00 - 18.30 Uhr	Die BUKO-Mitgliederversammlung (MV) Filmvorführung und Diskussion: „LIEBE PERLA“ (R.: Shahar Rozen/Israel 1999)
18.30 - 20.00 Uhr	Abendessen
20.00 - 22.00 Uhr	Öffentliche Podiumsveranstaltung: „Unsere Opfer zählen nicht – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg“

Sonntag, 08.05.05

früh morgens	Frühes Frühstück für alle, die zur 8.-Mai-Demo nach Berlin fahren
später	Frühstück für alle, die nicht nach Berlin fahren
10.00 - 12.00 Uhr	Abschlussveranstaltung: „Neuer Stern am Widerstands-Himmel: - Eine Bilanz der Aneignungsdebatten und -praxen -

Das ausführliche Kongress-Programm mit der detaillierten Übersicht über alle Arbeitsgruppen ist über die BUKO-Geschäftsstelle und unter <http://www.buko.info/kongress/buko28/programm/uebersicht.html> als PDF-Dokument erhältlich.

Aufruf zum BUKO 28

von innerer und äußerer Landnahme
umkämpfte Räume:
Arbeit – Biopolitik – Kolonialismus

5. bis 8. Mai 2005: BUKO 28 in Hamburg

VON INNERER UND ÄUßERER LANDNAHME:

Das ist die Einladung zu einer Reise durch (un)bekanntes Gelände. Was es dafür braucht: eine genaue Kartographie der gegebenen Verhältnisse. Die Bereitschaft zu vielfältigen Brückenschlägen. Lust auf neue Routen und ungebremste Neugier. Worum es geht: Fahrt aufzunehmen, weiterzukommen, radikale Zielvisionen zu entwickeln.

LANDNAHME – das sind die Zugriffe des globalisierten Kapitalismus auf Regionen, Territorien, Körper. Auf materielle und immaterielle Ressourcen. Auf Lebensweisen, soziale Beziehungen und emanzipatorische Konzepte.

LANDNAHME – das ist aber auch und vor allem: der globalisierte Widerstand gegen den schrankenlosen Verwertungsanspruch. Kämpfe um die (Wieder-)Aneignung von Lebensweisen und Lebenszeit, um die selbstbestimmte Nutzung der natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen; Kämpfe gegen Neokolonialismus, rassistische Grenzordnungen und Ausbeutung.

STATIONEN DER LANDNAHME:

Kolonialismus: die Formen, in denen der historische Kolonialismus sich erhält und transformiert und Kämpfe gegen neokoloniale Herrschaftsformen, rassistische Migrationsregime und für eine anticoloniale Erinnerungspolitik.

Biopolitik: die Formen, in denen Körper, Körperstoffe, natürliche Ressourcen, Wissen und Lebensweisen marktförmig gemacht und ausgebeutet werden und die Kämpfe um eine Wiederaneignung aller lebensnotwendigen Ressourcen „von unten“.

Arbeit, Migration, Subjektivität: die vielfältigen Formen hierarchischer Prekarisierung (z.B. nach Geschlecht und Staatsbürgerschaft) und die Kämpfe um die Durchsetzung sozialer Grundrechte wie eine bedingungslose Existenzsicherung, umfassende Legalisierung sowie die Erkundung von Alternativen.

LANDNAHME heißt auf dem BUKO 28:

Freiräume eröffnen. Für die Entwicklung wirksamer und radikaler Gegenstrategien. Für Austausch, Diskussion und Vernetzung. Für kreative Pausen und kreative Aktion, für ausgiebiges Kennenlernen und Wiedertreffen, für einen anticolonialen Stadtrundgang durch Hamburg - und selbstverständlich auch: für eine rauschende Party ...

Auf bald in Hamburg! Die BUKO 28-Vorbereitungsgruppe

Einführungsvortrag BUKO 28, 6.5.2005

„Von innerer und äußerer
Landnahme“.

Stefanie Graefe

Oder: eine kleine Einstimmung auf den Titel des BUKO. Und zwar ausgehend von drei Fragen, die im Vorbereitungsprozess immer wieder auftauchten – ganz einfache Fragen im Grunde, nämlich:

Was genau ist eigentlich eine Landnahme?

Anders gefragt: Wenn Landnahme mehr sein soll, als einfach eine poetische Umschreibung für „grenzenlosen Kapitalismus“ oder „schrakenlose Inwertsetzung“ dann stellt sich die Frage, was dieses „mehr“ ausmacht (denn sonst hätte man den Kongress ja auch vielleicht einfacher „Kapitalismus überall“ oder so ähnlich nennen können).

Zunächst mal: Landnahme ist eine Metapher. Also ein sprachliches Bild. Und Metaphern haben die Eigenart (und genau deshalb setzt man sie normalerweise ein), viele Assoziationen und Bedeutungen gleich mit aufzurufen. Metaphern sind also praktisch, weil man mit ihnen komplizierte Zusammenhänge auf einen einzigen Begriff bringen kann. Genau deshalb sind Metaphern aber auch immer prekär. Um zwar im doppelten Sinn des Wortes: Sie sind verunsichernd – ganz sicher kann man sich über ihre „eigentliche“ Bedeutung letztlich nie sein – und grad deshalb sie sind zugleich heikel. Das gilt nicht nur für so drastische Beispiele wie das populäre Bild von der so genannten „Asylantenflut“, sondern auch für Metaphern wie: der Standort, die Ich-AG, der Westen und der Rest der Welt, die Schutztruppe, die Kostenexplosion im Gesundheitswesen, der dechiffrierte genetische Code – etc. Warum solche Metaphern heikel sind, ist klar: weil sie im Hinblick auf ein bestimmtes politisches Ziel Eindeutigkeit und Einfachheit suggerieren und damit kurzerhand die Komplexität und Umkämpftheit der tatsächlichen Verhältnisse ausradieren.

Prekarität kann aber auch, wie man zuletzt hier in Hamburg beim Euro-mayday erleben konnte, dazu führen, dass etwas, eine Menge an Personen und Ereignissen, in Bewegung gerät. Dass Landnahme ein prekärer Begriff ist, muss also nicht unbedingt schlecht sein – erst recht nicht für einen Kongress, der sich als Teil von Bewegung und Bewegungen versteht. Dass die Prekarität von Metaphern politisch durchaus auch produktiv sein kann, zeigen nicht zuletzt Beispiele wie queer, Karawane, Überflüssige, die Sache mit dem Kuchen und

der Bäckerei, Blauer Montag, Bread and Roses etc. Das sind Metaphern, die wollen eher neugierig machen als abstumpfen, die wollen politische Räume öffnen und nicht schließen, die wollen eher mobilisieren, als einengen. Und ich glaube, dass das genau eine unserer Aufgaben hier auf dem Kongress sein wird: die Metapher Landnahme als etwas brauchbar zu machen, was Bewegung ermöglicht.

Und das ist gar nicht mal so eine leichte Aufgabe.

Denn zuerst einmal assoziiert man mit Landnahme ja einen umfassenden Gewaltakt. Das Land, auf dem und von dem wir leben, ist uns genommen worden oder wir müssen befürchten, dass es uns genommen werden wird. Landnahme ist so verstanden im Grunde ein Synonym für Herrschaft; denn Herrschaft heißt ja nichts anderes, als dass uns das, was es uns ermöglicht, als freie und soziale Wesen zu existieren, genommen wird. Nun könnte es aber ja auch sein, dass wir uns gegen eine solche Landnahme zur Wehr setzen. Und dabei sogar Erfolg haben. Oder aber, dass wir diejenigen sind, die sich Land nehmen. Ist nur die Frage: Was für ein Land -bewohntes Land – oder Neuland? Und was machen wir dann damit? Und wer ist überhaupt dieses „wir“? Darüber sagt uns die Metapher nichts.

„Land“ steht für Acker, Nahrung, Brot, Lebensgrundlage, Bezugsrahmen. Aber auch für: Herkunft, Nationalität, Grenzen, Pässe, Kontrolle. Schließlich aber auch für: Erholung, Weite, Ausblick, Wieder-zu-sich-kommen, Grenzenlosigkeit, Perspektive. Mit Landnahme lässt sich deshalb ebenso Wurzellosigkeit, Sehnsucht nach Heimatboden und ursprünglicher Gemeinschaft assoziieren wie neue und weit reichende politische Aktionsformen. Die politischen Möglichkeiten der Metapher liegen also sozusagen im ganzen Spektrum zwischen Vertriebenenverbänden und der z.B. brasilianischen Landlosenbewegung MST. Und das heißt: Um die Metapher der Landnahme für uns hier auf dem Kongress produktiv zu machen, ist es zum einen notwendig, genauer zu bestimmen, was wir jeweils damit meinen und zum anderen, ihren politischen Möglichkeitsraum in kritisch-emanzipatorischer Absicht auszudehnen und zu erweitern. Wobei wir übrigens keineswegs die ersten sind, die das versuchen.

Damit bin ich bei der zweiten Frage angekommen: Warum eigentlich innere und äußere Landnahme?

Es gibt nämlich eine linke Geschichte der Aneignungsweisen dieser Metapher, in der gerade der Begriff der inneren Landnahme eine wichtige Rolle spielt. Zum Beispiel im Kontext der Imperialismusanalyse: Rosa Luxemburg hat sehr anschaulich beschrieben, wie die militärische Eroberung der so genannten Kolonien mit der Zerstörung der Sozialstruktur in den jeweiligen Ländern oder Regionen einherging. Was das zeigt, nach

Luxemburg, ist folgendes: „Das Kapital kann ohne die Produktionsmittel und die Arbeitskräfte des gesamten Erdballes nicht auskommen, zur ungehinderten Entfaltung seiner Akkumulationsbewegung braucht es die Naturschätze und Arbeitskräfte aller Erdstriche“. Nennt man diese Unterwerfung von Naturschätzen, Arbeitskräften und sozialen Ordnungen „innere Landnahme“, dann ist die „äußere Landnahme“ die militärische Unterwerfung eines Landes oder der Region, also der Feldzug.

Diesem Doppelspiel aus innerer und äußerer Landnahme korrespondierten auf Seiten der Gegenbewegungen der Logik nach die antikolonialen Kämpfe, die auf die Befreiung von der Kolonialherrschaft und auf die Übernahme der ökonomischen, politischen und sozialen Macht zielten. Und natürlich die Internationalismus- und Solidaritätsbewegungen, die diese Kämpfe unterstützten. Im Zusammenhang mit dem so genannten Fordismus dann hat man das Begriffspaar „innere und äußerer Landnahme“ von links eingesetzt, um zu beschreiben, dass die ganze Gesellschaft bis in ihre letzten Winkel unter das Kommando des kapitalistischen Wachstums und der dafür nötigen sozialen Ruhe gestellt wird durch den gleichzeitigen Zugriff auf zwei traditionellerweise gegenüberliegende Pole, nämlich: Öffentlichkeit und Privatheit, bzw. Produktion und Reproduktion, bzw. die Sphäre des so genannten „Männlichen“ und die des so genannten „Weiblichen“. Innere Landnahme meinte hier also: die Kolonisierung des „privaten“ Hinterlands mit dem Ziel, aus der gesamten Gesellschaft eine Fabrik zu machen, in dem jedes Rädchen an seinem Platz ist und lebenslang brav seinen Job erledigt. Kämpfe dagegen waren ebenso Kämpfe in den Fabriken und gegen Fabrikdisziplin wie überhaupt Kämpfe gegen Disziplinierung und um Autonomie; sie reichten also von Arbeitskämpfen über antiautoritäre Revolten, die Entwicklung neuer Lebensformen und -stile bis hin zur Zweiten Frauenbewegung etc., kurz: Kämpfe gegen den fordistischen Terror der Normalität.

Heute nun stehen wir vor zwei Problemen. Erstens: Wissen wir definitiv, dass Rosa Luxemburg irrte. Die glaubte nämlich, dass es irgendwann eine Grenze des Akkumulierbaren gibt, also eine Grenze der Wertschöpfung, an der der Kapitalismus kollabiert. Wir erleben gerade das Gegenteil: Grenzen der Wertschöpfung scheint es keine mehr zu geben und Grenzen des Kapitalismus auch nicht. Zweites Problem: Wir wissen inzwischen, dass der Kapitalismus auf die Kämpfe gegen den fordistischen Normalterror eine überaus umfassende und gründliche Antwort gegeben hat: den globalisierten Neoliberalismus. Nicht nur, aber auch und gerade in den gesellschaftlichen Feldern, die den drei Schwerpunkten dieses Kongresses (Arbeit, Kolonialismus und Biopolitik) zugehören - und das wird dann im Einzelnen in den Workshops Thema sein – zeigen sich

die Folgen dieser Antwort besonders deutlich.

Wie steht's jetzt also heute in Sachen „innerer und äußerer Landnahme“? Eins scheint relativ klar: Das mit der innen/außen-Polarität haut irgendwie nicht mehr so richtig hin. Denn die besondere Stärke des gegenwärtigen Herrschaftsparadigmas scheint gerade darin zu liegen, dass es ihm gelingt, diese traditionellen Gegenüberstellungen zu durchkreuzen. Das drückt sich in Phänomenen aus wie z.B. der so genannten „Feminisierung der Arbeit“. Das heißt nichts anders, als dass Merkmale von Arbeit, die ehemals als „typisch weiblich“ galten, wie z.B. schlechte Entlohnung, Teilzeit, mangelnde Absicherung, Heimarbeit, fließender Übergang von Arbeit und Freizeit (genauer: Überflutung der so genannten Freizeit mit Arbeit) etc. sich inzwischen in genau dem Maße, in dem Arbeits- und Lebensverhältnisse prekär werden, verallgemeinert haben, also zunehmend auch Männer betreffen (wenn auch längst nicht im selben Ausmaß).

Anders Beispiel: Es macht einen Unterschied, ob – wie früher – der Körper „nur“ als Instrument von Arbeit und Reproduktion, oder zugleich selbst, bis in seine kleinsten Einheiten und Substanzen hinein Ware ist und potenziell aus jeder pflanzlichen, tierischen oder menschlichen Zelle eine Ressource wird, die dann auf dem globalen Markt zirkuliert. Das ist ein Prozess der Produktivmachung, der das – wie auch immer definierte – „Innen“ der Körper genauso betrifft wie das ökonomische und geopolitische „Außen“. Und was den Kolonialismus angeht, so haben wir es heute ja sowieso überhaupt nicht mehr mit Landnahme, sondern mit einer ganz und gar humanitären Angelegenheit zu tun – zumindest wenn wir den Verlautbarungen der Regierungen der ehemaligen Kolonialmächte Glauben schenken – was wir allerdings lieber nicht tun sollten. Tatsächlich ermöglichen so genannte wirtschaftliche „Partnerschaftsabkommen“, so genanntes demokratisches „Konfliktmanagement“ und so genannte „humanitäre Interventionen“ fließende Übergänge zwischen ökonomischen, politischen und militärischen Dimensionen von Neokolonialismus.

Wenn es keine klare Trennung zwischen Innen und Außen mehr gibt, heißt das eben auch, dass es nichts gibt, was nicht prinzipiell Ware werden könnte – keine Region, keine Identität, keine Natur, kein Selbst, Wissen, Gefühle, Beziehungen, Privaträume, Körperzellen, Lebensstile, sogar ehemals oppositionelle Bilder, Begriffe und Parolen – von Che Guevaras Konterfei bis hin zu Konzepten von Autonomie und Selbstbestimmung – werden zu Ressourcen, Marken oder ökonomisierenden Regierungsstrategien. Und wer oder was sich aus irgendeinem Grund dem Imperativ zur Selbstvermarktung verweigert oder ihm aus anderen Gründen nicht Folge leisten kann, wird potenziell zu sozialem Ausschuss oder aber auch, ethisch abgesegnet, zur Unperson erklärt – oder lebt sowieso irgendwo im globa-

len Raum sozusagen in Zonen des nackten Lebens, die dann den besonderen Regeln von Kriegsökonomien unterworfen sind.

Das heißt: Es geht nicht einfach um ein bisschen mehr Ausbeutung. Es geht um einen brutalen qualitativen Sprung, der die Bedingungen, unter denen wir leben, arbeiten und Politik machen, betrifft. Trotzdem – und das macht das Paradoxe der Situation aus – hat dieser Umbruch nicht nur eine extrem gewaltförmige Seite, sondern bietet auch bestimmte Chancen. Und zwar deshalb, weil sich auf diesem Wege vielleicht irgendwann auch einmal Dinge verabschieden, denen wir nicht unbedingt nachweinen sollten: Zum Beispiel die Orientierung auf einen ethnisch oder territorial definierten Nationalstaat. Zum Beispiel die Vorstellung, dass Identitäten mit Wahrheit oder mit Natur zu tun haben oder überhaupt lebensnotwendig sind. Zum Beispiel die Idee, dass es einen Bereich des Privaten und Persönlichen gibt, in dem, weil er angeblich nicht von Gesellschaft, sondern von „Liebe“ regiert wird, Menschenrechte per Geschlechtervertrag außer Kraft gesetzt sind. Nochmal: Ich sage nicht, dass das alles schon vorbei wäre, sondern, dass wir jetzt die Chancen, damit aufzuräumen, nicht im Gejammer darüber, dass früher angeblich alles besser war, vergeben sollten.

Doch Vorsicht: Ebenso wenig, wie wir irgendwelchen vermeintlich „sichereren“ Zeiten in der Vergangenheit hinterher trauern sollten, sollten wir die Transformation einfach naiv beklatschen. Zum einen, weil sich nach wie vor so manche altbekannten Herrschaftsstrukturen – insbesondere die entlang von Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Nationalität oder Staatsbürgerschaft samt der damit verbundenen Ausschlüsse und Entrechtungen – als ungemein hartnäckig erweisen. Zum anderen, weil neue Formen von Herrschaft nicht besser sind als alte Formen von Herrschaft, sondern genauso scheiße. Trotzdem sollten wir versuchen, diese neuen Formen von Herrschaft, diesen Umbruch zu verstehen und deshalb auch – und das ist u.a. ja der Sinn eines solchen Kongresses – an die Kämpfe und Bewegungen anschließen, die nicht zuletzt versuchen, sich diesem Umbruch zu stellen, also an die verschiedenen Kämpfe um soziale Rechte weltweit – von Kämpfen für eine Autonomie der Migration und gegen Rassismus, oder um Ernährungssouveränität oder das Recht auf Gesundheitsversorgung, um bedingungslose Grundsicherung oder gegen Prekarisierung bis hin zu den studentischen Kämpfen und den Kämpfen um Umsonst-Aneignung sowie die Kämpfe, die zukünftig noch zu führen sein werden.

Womit ich bei der dritten Frage wäre: Warum hier und jetzt über innere und äußere Landnahme sprechen?

Zwei Gründe sprechen m.E. dafür:

Erstens: Weil es in der guten Tradition eines internationalistischen Kongresses steht, sich mit Kolonisierungen bzw. „Landnahmen“ aller Art zu beschäftigen.

Zweitens: Weil es kaum einen besseren Ort gibt, um ein möglichst breites Ausmaß von inneren und äußeren Landnahmen samt ihres Ineinandergreifens in den Blick zu nehmen als einen Kongress, der sich nicht als Anlaufstelle für ein thematisch begrenztes Spektrum der radikalen Linken versteht, sondern als Forum für das ganze Spektrum dieser Linken und ihrer Bewegungen - die die's schon gibt, und die, die noch kommen.

Was also der Titel „von innerer und äußerer Landnahme“ vorschlägt, ist: Sich darüber klar zu werden, mit welcher Qualität von Herrschaftsverhältnissen wir in der Gegenwart konfrontiert sind, um dann genauer bestimmen zu können, wie wir diesen in unseren Organisations- und Aktionsformen aber auch begrifflich begegnen können und wollen.

Und in genau diesem Sinne geht es – wie auch schon auf dem letzten BUKO - nach wie vor und immer noch um ein „Ende der Bescheidenheit“ und um „Aneignung“. Der Begriff der Landnahme greift diesen Faden auf und setzt ihn fort. Und verlagert dabei die Perspektive ein wenig – nämlich von der richtigen und nach wie vor gültigen Erkenntnis, dass es eben um Aneignung geht, d.h. nicht nur um ein bisschen weniger Ausbeutung, ein bisschen weniger Sozialabbau, oder ein bisschen mehr Nachsicht mit den individuellen und kollektiven Globalisierungsverlierern, sondern darum, sich zu nehmen, was uns und anderen zusteht. Diese nach wie vor richtige Erkenntnis verschiebt der Begriff Landnahme in Richtung der Frage, welches Land denn genommen werden kann und soll – und gegen welche Landnahmen „von oben“ wir uns im selben Atemzug zur Wehr setzen müssen.

Und deshalb heißt der Kongress auch nicht einfach „Kapitalismus überall“ (mal ganz davon abgesehen, dass in einer solchen Formulierung viele andere Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet würden): Weil uns letztlich der Kapitalismus selbst weniger am Herzen liegen sollte als die sozialen Kämpfe, die jetzt und zukünftig gegen alte und neue Formen von Herrschaft zu führen sind. Und das ist das, was ich uns für die nächsten Tage wünsche: dass wir diesen Kongress nutzen, um den Möglichkeitsraum der Metapher Landnahme in diesem Sinne auszuloten.

Die Reise als Spende?

Martina Backes

Als in der zweiten Woche nach der Katastrophe die Berichterstattung über die Zahl der Opfer und das Ausmaß der Verwüstungen gerade etwas ins Stocken geriet, schockierte eine Meldung über einen schwedischen Jungen, der als vermisst galt. Ein vager Hinweis, dieser Junge sei in einem Kinderheim gesehen worden, dann das Beteuern der Heimleiterinnen, dieses Kind nie gesehen zu haben, führte zu folgender Vermutung: möglicherweise sei der Junge Opfer von Kinderhändlern geworden.

Es ist bezeichnend, dass die Medien erst mit der Meldung über das vermisste Touristenkind die Gefahr durch Kinderhandel wahrnahmen. Dabei bestand sie – übrigens auch unabhängig vom Tsunami – gerade für thailändische Waisenkinder. Auffällig ist zudem, wie sehr die Katastrophenberichterstattung bei ihrer Suche nach einer Steigerung der kaum überbietbaren Tragik am Kinderhandel und am Sextourismus hängen blieb. Dies sagt eine ganze Menge über das Bild der Berichterstatte und ihrer HörerInnen von Thailand aus: Kinderhandel, Sextourismus sowie maföse Banden spielten darin die Hauptrolle. Schlagartig wurden das Motto vom „Land des Lächelns“ und die Figur des Exotisch-Verführerischen in ihr barbarisch-abstoßendes Gegenteil verkehrt.

Moralische Empörung richtete sich auch darauf, dass nicht die ganze Welt stillsteht und aufhört Bier zu trinken, wenn doch gerade erst tausend Deutsche umgekommen sind. Das Unmoralische, das den Reisen in Katastrophengebiete anhaftet, wurde dabei über die Maßen mit dem Image des Sextourismus begründet. Zwar mag es kaum überraschen, dass die BILD-Zeitung beliebte weiße Männer inmitten der Verwüstungen abbildete – und damit sehr unappetitlich auf die Assoziationen zum Sextourismus setzte. Verwunderlich ist auch nicht, dass die anfänglich weit verbreitete Ablehnung jeder Reise in die Tsunami-Region und die Verurteilung derjenigen TouristInnen, die ihren Aufenthalt nicht sofort abbrachen, mit dem Argument vorgebracht wurde, man wisse doch um den Sextourismus und sein dreckiges Geschäft. Allerdings erstaunt, wie schnell diese erste Empörung dem Glauben gewichen ist, dass Reisen nach Thailand als Spende für die vom Tsunami getroffenen Armen fungieren können. Wie konnte es dazu kommen? Welches Wissen und welche Vorstellungen über die Alltagsrealität in den Ferienparadiesen stecken hinter dem schnellen Umschwenken?

Reklame für die Branche

Die Reaktionen in Hörerdiskussionen und Leserbriefen

auf jene TouristInnen, die trotz oder wegen des Tsunami unmittelbar nach der Katastrophe in die betroffenen Länder reisten oder ihren Aufenthalt verlängerten, waren oft erfrischend kritisch. Auf den Reiseseiten vieler Zeitungen machte hingegen sich ein anderer Diskurs breit. Die ZEIT appellierte mit dem Titel „Danke, dass sie gekommen sind“ bereits zehn Tage nach dem Tsunami an ihre Leserschaft: Wer meine, eine Reise auf die Malediven, auf denen immerhin 40 Prozent der BewohnerInnen von der Flutkatastrophe getroffen wurden, sei irgendwie unschicklich, liegt falsch. Gerade jetzt sei es angemessen, den Urlaub in einem der Ressorts zu verbringen. Die Überlebenden warteten auf Kunden, seien dankbar für jeden einzelnen Gast. Falsche Bescheidenheit und unangemessene Skrupel des Westens stürzten die Menschen nur noch mehr ins Unglück – die InselbewohnerInnen jetzt nicht im Stich zu lassen, sei hingegen ein Beweis für aufgeklärtes und gut informiertes Verhalten.

Selbst unmittelbar nach dem Tsunami wichen die Zeitungen auf ihren Reiseseiten nicht vom gewohnten Muster der Reisezielwerbung ab – ob Thailand, die Malediven oder die Indischen Andamanen. Eine Sri Lanka-Reportage über ein einsames Ressort eines mildtätigen Hotelbesitzers, der seine Angestellten trotz ausbleibender Gäste nicht entlässt, lenkte von der Abhängigkeit der im Tourismus Beschäftigten ab. Statt anlässlich der Katastrophe die sozialen Risiken zu benennen, die Tourismus eben auch mit sich bringt, wurde selbstgefällig eine touristische Verantwortung herbeigeschrieben. Nicht ohne zu erwähnen, was den Inselbesuch gerade jetzt zum attraktiven Jahresurlaub macht: Einsamer und verlassener denn je erinnert die Inselsituation an das Paradies. Der unberührte Naturzustand – so vollkommen wie eben nur nach einer Sintflut – dient als wirkungsvolle Metapher, die ebenso für begehrten Ursprünglichkeit steht wie für die Vorstellung, dass die Idylle der menschlichen Fürsorge bedarf, um zu bestehen.

All das Unangenehme, das den Ferien im inszenierten Paradies sonst manchmal anhaftet, schien nach dem Tsunami ausgesetzt: keine überfüllten Hotelanlagen, keine unverträglich schlechten Löhne für die DienstleisterInnen, die nun mehr denn je froh seien um jeden Cent. Das höfliche Willkommenheiß durch die Einheimischen wird als unaufdringlicher Hilferuf interpretiert, der Urlaub wird zur Entwicklungshilfe und Mission auf Einladung. Im Mai beteuerte eine ZEIT-Reisereportage über „Ayurveda nach dem Tsunami“ auf Sri Lanka, dass „die wenigen Gäste ihre innere Balance finden“ und keiner Schuldgefühle hat und. Kein Zweifel, die Reise gilt als wohltätige Veranstaltung.

Recht und billig

Als Rechtfertigung für eine Reise in die vom Tsunami betroffenen Regionen wird immer wieder die Abhän-

gigkeit der DienstleisterInnen vom Tourismus zitiert. Hotelbesitzer werden in diesen schlechten Zeiten zum wirtschaftlichen Rettungsanker stilisiert und neben der traditionellen Fischerei alternativlos als einzig mögliche Arbeitgeber dargestellt. Hierin sind sich Hotelmanager, Tourismuspolitiker und die großen internationalen Entwicklungsagenturen mit den Katastrophenberichterstattern weitgehend einig. Verfolgt man die Debatten um den Wiederaufbau, so drängt sich gar der Eindruck auf, die einzige Chance der betroffenen Länder, der Armut zu entkommen und an einem zivilisierten Leben teilzuhaben, sei unweigerlich an eine touristische Erschließung gekoppelt. Hinweise darauf, dass die einseitige Abhängigkeit einiger thailändischer Regionen vom Tourismus – ganz ähnlich wie mancher Inselstaaten – ein hohes Risiko und extrem prekäre Einkommenssituationen oft erst schafft, scheinen die verantwortlichen Tourismuspolitiker unter dem Druck der Sachzwänge in dieser Notlage getrost ignorieren zu können.

Auch der westliche Spendenblick auf die betroffenen Gebiete ist ein touristischer: Nicht zufällig fällt nahezu alles, was nicht zum irgendwie doch malerisch anmutendem Fischertum oder der bezaubernden Idylle der Hotelressorts gehört, aus der Wahrnehmung. So ranken sich die Medienberichte um Fischerboote und Hotelrestaurationen - Fischerdörfer sind eben fester Bestandteil des touristischen Repertoires und nicht wegzudenken aus der türkisfarbenen Küste. Die vielen MigrantInnen, die entweder wegen des Zinnabbaus an die Küste von Ban Nam Khem kamen oder aber als DienstleisterInnen im Backstage-Bereich an einem der touristischen Orte arbeiten (als Reinigungskräfte oder Bauarbeiter, als KüchengehilfInnen oder WäscherInnen) und die nun der Verfolgung und Abschiebung seitens der thailändischen Regierung ausgesetzt sind, werden in den medialen Verlautbarungen über den touristischen Neuanfang ignoriert. Auch die hiesigen Touristikunternehmen interessieren sich nicht für deren Schicksal, obwohl sie mit ihren Spendenreisen zu Dumpingpreisen von eben dieser Situation profitieren. Insofern gleicht der Blick nach dem Tsunami doch sehr der Wahrnehmung vor der Katastrophe. Nur in Ausnahmefällen ist von der Zerstörung sozialer Einrichtungen und Netzwerke, von Infrastruktur und öffentlichem Leben der ländlichen Gemeinden die Rede. Mit ein paar Versprechungen oder auch einzelnen Projekten, die sich verpflichten, die Waisen gegen Kinderschänder und –händler zu schützen, lässt sich das moralische Pflichtbewusstsein der Reisewilligen ideal kanalisieren. Spenden für arbeitslose Sex-arbeiterInnen oder illegale BurmesInnen wird man hingegen kaum einwerben können.

Ein Blick auf die außergewöhnlich hohe Spendenbereitschaft in den ersten Tagen nach der Katastrophe kann ein Stück weit erklären, warum die Idee der Reise als Spende so verlockend klingt. Ohne Frage ist

das hohe finanzielle Spendenaufkommen, von der schwierigen Umsetzung angemessener Hilfe einmal abgesehen, erfreulich. Viele TouristInnen haben über persönliche Bekanntschaften ganz konkrete Hilfe geleistet oder sind in Kleinprojekten gerade dort engagiert, wo die staatliche Hilfe kein Interesse zeigt. Die medial inszenierten Spendenrallys, die oft mehr Hilfe versprochen, als nun tatsächlich an Geldern in den betroffenen Regionen angekommen ist, sind aus anderem Grunde dennoch fragwürdig: Sind sie nun Ausdruck von Anteilnahme und Interesse an den Verhältnissen in den betroffenen Gebieten, verweisen sie auf eine Politisierung oder sind sie ganz im Gegenteil Ausdruck eines apolitischen Verhaltens?

Wengleich es angesichts der notwendigen Hilfe müßig erscheint, den Wettbewerb um die Großzügigkeit zu kritisieren, so sind die Motive doch aufschlussreich, wenn man die entwicklungspolitische Mobilisierung einschätzen möchte, die mit der Reise als Spende verbunden wird. Grotesk erscheint zunächst, dass gerade jetzt und nicht bei den vielen anderen Tragödien, die sich in den letzten Jahrzehnten ereignet haben, so willig gespendet wird. Die Gründe dafür liegen nicht allein in dem Ausmaß der Katastrophe, das immer sehr subjektiv erfahren und gewertet wird. Kaum sonst böten sich für jene Menschen, die Kriege und soziale Krisen in der Tagesschau mehr oder weniger ohnmächtig verfolgen, so einflussreiche Handlungsmöglichkeiten an und nur selten so schuldlose Opfer. Während die menschlichen Katastrophen wie Krieg und Terror, Arbeitslosigkeit und Migration Gefühle von weitgehender Ohnmacht hervorrufen, gleichzeitig aber die Opfer zumindest teilweise mitschuldig gesprochen werden können, stellt sich der Tsunami als wahrer Schicksalsschlag dar: unvorhersehbar, grausam und ohne Ansehen der Opfer.

Die mediale Bilderflut von schwimmenden Häusern und gestrandeten Fischerbooten übermittelten, ganz anders als im Falle der Folgen politischer Krisen oder struktureller Gewalt, das Leiden als eine Tragödie in Echtzeit. Zudem kennt nahezu jeder jemanden, der jemanden kennt... oder der leicht hätte selber getroffen werden können. Aufgrund dieser Zusammenhänge lässt sich persönliche Betroffenheit medial leichter herstellen. Fast wird eine Schicksalsverbundenheit mit den Opfern imaginiert, auch mit den EinwohnerInnen der überfluteten Gebiete, für deren Probleme sich viele Reisenden sonst wenig interessieren. Nicht zuletzt die Reportagen, die zunächst massiv auf das persönliche Leiden über tote und verletzte TouristInnen (und gerne auch auf nunmehr besitzlose Hotelunternehmer aus dem Westen) fokussierten und in Reality-Manier deren Privatsphäre öffentlich zur Schau stellen, haben ein zweifelhaftes Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot-Gefühl wachgerufen. Die Natur gilt als unbeherrschbar, der Tsunami als gemeinsame Sache der Menschheit. Und doch bleibt für die Mehrzahl der SpenderIn-

nen der Bilderkonsum als touristisches Verhältnis zur Wirklichkeit bestehen, während die Menschen in den Katastrophengebieten ihre materielle Grundlage – und teilweise auch ihre rechtliche – verloren haben.

Moralischer Mehrwert

Neutral erscheint die Hilfe an die Tsunami-Opfer auch deshalb, weil deren Gewährung keine politischen Grundsatzdebatten erfordert und weil sie jenseits politischer Interessenskonflikte zu realisieren scheint. Die proklamierte humanitäre Neutralität ist jedoch eine Illusion, die auch dann noch aufrechterhalten wird, wenn die Hilfe ganz offensichtlich zum Gegenstand interner Machtkämpfe wird oder für populistische Ziele der Politik erhalten muss. Berichte über Konflikte zwischen den Tamil Tigers und der Regierung in Colombo, zwischen Rebellen und Regierungsmilitärs in Aceh oder zwischen islamischen Gruppen und Regierungsvertretern im Süden Thailands trüben diesen Glauben offensichtlich nicht. Schließlich verspricht das großzügige Spenden moralischen Mehrwert – bei den kleinen SpenderInnen ebenso wie bei den großen. Den wollen sich Unternehmen wie die Deutsche Bank oder die Prominenten aus Politik und Kulturindustrie, die ihre Millionen öffentlichkeitswirksam den Opfern überreichen, nicht entgehen lassen. Der wachsende Schilderwald privater Organisationen in manchen überfluteten Regionen ist Ausdruck einer denkwürdigen PR-Strategie. Ideale „Zuwendungsempfänger“ sind die meist kleinen Fischergemeinden, deren „traditionelles“ Leben als touristisches Setting wohlbekannt und daher so attraktiv ist.

Auch die technischen und logistischen Schwierigkeiten der Hilfe legen ein kritisches Nachdenken über die strukturellen Ungleichheiten von Spendengebern und -nehmern nahe: schlechte Straßen, mangelnde Stromversorgung, Trinkwasserprobleme und fehlende Medikamente. Doch liegen diese Probleme im „machbaren“ Bereich: mit derlei Herausforderungen umzugehen, entspricht der entwicklungspolitischen Tradition und Mentalität des Westens, der sich mit Know-How und technischer Effizienz in eine vermeintlich unverzichtbare Position der Überlegenheit versetzt. Die direkte Hilfe der einheimischen Bevölkerung und der betroffenen Länder ist hingegen in den Medien weithin unterrepräsentiert.

Populistische Kontrolle

Unschuldige Opfer, gemeinsame Betroffenheit, humanitäre Neutralität und technisch-logistische Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt – angesichts dieser Faktoren eignet sich der Tsunami – wie nahezu jede Naturkatastrophe für eine populistische Politik nach dem Motto „wir müssen zusammenhalten“. Die Regierenden agieren nun als effiziente Krisenmanager ohne

Rechtfertigungszwang, meist gar im „Schulterschluss“ mit der Opposition. Indem sie Großzügigkeit walten lassen, vor laufenden Kameras Hilfe und Trost spenden, eine gelungene Mischung aus Mitgefühl und unbeugsamer Entschlossenheit an den Tag legen, gewinnen sie an Macht. Selbst jene kritischen Zuschauer, die sonst Reality-TV aufs Schärfste kritisieren und die der Politik vorwerfen, zu reden statt zu handeln, lassen sich von den Berichten über leidende Opfer und spendende Geber politisch paralysieren. Kaum eine Situation lässt die Hegemonie des herrschenden politischen (Welt-)Systems so deutlich hervortreten wie die Tage direkt nach einer Naturkatastrophe, die auf höhere Gewalt zurückgeführt und damit außerhalb des von der Politik zu verantwortenden Geschehens verortet wird.

Nun mag diese Spendenunlogik auch für die Erdbebenkatastrophe im Iran oder für das Elbehochwasser gelten – die Tatsache, dass nun die touristisch interessanten Regionen rund um den Indischen Ozean betroffen sind, verstärkt alle nur denkbaren, kritikwürdigen Formen der Rezeption des Leidens und der Hilfspolitik: die selbstgefälligen Wiederaufbauvisionen in einer Zeit, in der entwicklungspolitisches Engagement eigentlich out ist, erfahren durch die Sorge um die verschandelten Urlaubsparadiese eine neue Legitimation. Nicht zufällig ist die Berichterstattung über Burma und Indonesien, wo der Tourismus keine herausragende Rolle spielt, sehr dürftig.

Und vielleicht fühlt sich so manch einer von den Auftreten der spendablen PolitikerInnen, die wie Heidmarie Wiczorek-Zeul in rührseligem Mitleid und ebenso professioneller Entschlossenheit die staatliche Hilfe an ein Fischerdorf übergeben, zum Reisen und Helfen motiviert. Dass Frau Wiczorek Zeul jetzt gar vor dem Durcheinander der individuellen Hilfswilligen warnt, die „in Kolonial-Manier“ aufträten, zeugt von einem ungeheuren Wettbewerb unter den Hilfsorganisationen um Ansehen, Legitimation und Geld. Die Anmaßung der Ministerin, zwischen guten und schlechten zu unterscheiden, ist nicht weniger neo-kolonial. Dahinter steht die Idee der Kontrolle und der Strukturpolitik von oben, die ein wüstes Durcheinander an der Basis verhindern will – und sich das Vorrecht herausnimmt, über Richtiges und Falsches entscheiden zu können.

Der Tourismus, dessen entwicklungspolitischer Nutzen lange Jahre skeptisch beurteilt wurde, avanciert nun zum nahezu unumstrittenen Hilfsbusiness. Diese Situation erleichtert zweierlei: Einerseits verdrängt sie Ursachen für die soziale Katastrophe, an denen die touristischen Strukturen mitbeteiligt sind. Andererseits profitiert der Tourismus von den Wiederaufbauhilfen angesichts des vermeintlichen Notstands an Alternativen. Dabei wird mit den Floskeln über ökologische Nachhaltigkeit und sozialverträgliche Umsetzung mehr denn je um sich geworfen. Eine Reihe von diskursiven Figuren werden wieder neu aufgelegt, die eigentlich für die Fehler der

früheren Entwicklungsdekaden typisch sind: die hilflosen Opfer, die von der Gunst und Spendierfreude der Reichen abhängen (statt dass armutserzeugende Strukturen abgebaut werden), die Notwendigkeit von Modernisierung durch den Anschluss der peripheren (noch nicht touristisch erschlossenen) Gebiete an den globalen Markt (statt Stärkung der lokalen Ökonomien) und die importierte, technisch überlegene Hilfsintervention (statt Stärkung lokaler Verfügungsrechte und Strategien zur Krisenbewältigung). Insofern stellt der Tsunami entwicklungspolitisch einen Rückschlag in die 1960er Jahre dar. Zugleich wirkt der sehr moralische Umgang des „mildtätigen Nordens“ mit dem „hilfsbedürftigen Süden“ entpolitisiert: offensichtlich wird der Blick für ökonomisch-kulturelle Machtverhältnisse verstellt. Die strukturellen Ursachen für die Krisenhaftigkeit der Region und für die sozialen Realitäten nach dem Tsunami werden kaum wahrgenommen.

Dass Reisen und Tourismus nun einem höheren Zweck dient, dafür steht die dritte Peace Through Tourism Konferenz, die für Oktober 2005 in Pattaya in Thailand angekündigt ist. Mit dem Slogan „Serving a higher purpose“ lassen die Organisatoren keinen Zweifel daran, dass Reisen heißt, Gutes zu tun. Auf dem Programm steht die „soziale und ökonomische Revitalisierung der Tsunami betroffenen Länder“. Währenddessen wird die Katastrophe in den Museumsbereich evakuiert: die verstreuten Tsunami-Memorials und das geplante Phuket Tsunami-Museum erlauben eine „angemessene“ Erinnerung an die Flutkatastrophe und deren vermeintliche Bewältigung.

Verwendete Quellen:

DIE ZEIT Nr. 2, 5. Januar 2005, S. 57 und Nr. 15, 6. April 2005, S. 69

ADB Review, Rebuilding Lives after the Tsunami, April 2005

Höhere Gewalt und anderes Unglück. Kathy Laster u. Heinz Steinert, www.links-netz.de

Ready for Tourism? Wiederaufbau und soziale Konflikte nach dem Tsunami in Südthailand. Focus Asien Nr. 22, FernWeh / Asienhaus Essen.